

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1621. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckpreis für die Zeit eines halben Monats frei ins Haus halbjährlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1,00. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckpreis für die Zeit eines halben Monats frei ins Haus halbjährlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1,00. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckpreis für die Zeit eines halben Monats frei ins Haus halbjährlich 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle halbjährlich 1,00. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Nr. 10

Mittwoch, den 13. Januar 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Dienstagmorgen die Reichstagen, der ihm über seine Aussprüche wegen der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischen Wege berichtete. Hindenburg hat den Kanzler, welchen Verhandlungen einzuleiten.

Abolf Hiler übermittelte dem Reichspräsidenten Dienstag nachmittag eine längere Denkschrift, in der die juristischen Bedenken der Partei gegen eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten dargelegt werden. An Dr. Brüning teilte Hiler am Dienstagabend ein Schreiben.

Die Grüne Front wickelt in einem Aufruf auf die wachsende ungesunde Not des deutschen Bauernstandes hin, die zu einer neuen Krise geworden ist. Es wird Schatz vor der vernünftigen Reduktion der Produktion mit ausländischen Erzeugnissen gefordert, wie auch die Regelungen anderer Länder als ihre selbstverständliche Pflicht anzuzeigen.

Der Reichsverkehrsminister kündigte auf einem Vortragabend freigelegter Journalisten eine Reform des Kraftverkehrs an, die bereits in Vorbereitung ist.

Das französische Kabinett hat Dienstagabend 10 Uhr dem französischen Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Es ist ein Konzentrationskabinett gebildet worden. Die Radikalen unter Führung Herriot haben bereits abgelehnt.

Senat hat aus dem Gesetzentwurf eine neue Vorlage erlassen, die die im Reich geltende Einkommensteuer aus Jahren zur Stützung der öffentlichen Verwaltung.

Radikales in anderer Stelle.

Gegenzug Frankreichs in Basel. Gesamtrücktritt des französischen Kabinetts.

Frankreich hat als Antwort auf Brünings Erklärungen über die Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen alle Vorbereitungen dafür getroffen, eine nochmalige Verlängerung des Kredites der Baseler Internationalen Bank an die Deutsche Reichsbank ummöglich zu machen. Es wird zwar — und dies mit Recht — demontiert, daß der WZ-Kredit bereits aufgekündigt sei oder daß hierüber bereits ein Beschluß gefaßt wurde. Aber es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Verlängerung dieses Kredites an die Zustimmung aller Notenbanken geknüpft wurde und daß damit ein veto allein der Bank von Frankreich genügt, um den Kredit aufzukündigen. Und daß eine solche Absicht im Verwaltungsrat der Bank von Frankreich, der auf den 14. Januar einberufen ist, besteht, das mag kein Dementi zu bestreiten. Zu deutsch heißt das, Frankreich ist empört über Brünings Erklärung von der Unmöglichkeit weiterer Tributzahlungen und verlangt nunmehr nicht nur Wiederaufnahme dieser Tributzahlungen, sondern auch schnelle Befreiung privater deutscher Schulden. Mit anderen Worten: Der nicht zahlen kann, muß nach Frankreichs Wunsch und Willen doppelt zahlen.

Selbstverständlich geht die Pressepropaganda gegen die deutsche Zahlungsverweigerung in Frankreich mit unverminderter Heftigkeit weiter. Das Trommelfeuer dieser Propaganda ist so stark, daß es auch in England seine Wirkung nicht verfehlt hat. Dort erklärt man nämlich voller Unbehagen über das französische Temperament, der deutsche Reichstanzler habe seine Tributverklärung im denkbar ungünstigsten Augenblick abgegeben. Wir sind auch der Ansicht, daß der Augenblick nicht günstig war. Aber nur insoweit, als diese Erklärung schon längst hätte abgegeben werden müssen — schon vor Jahren. Zur Abgabe einer solchen Erklärung ist darum aber auch jeder Tag recht und günstig, wenn er nur früher liegt als der andere vielleicht zur Wahl stehende Termin. Man sollte auch in England einsehen, daß Deutschland oder vielmehr die verschiedensten deutschen Reichsregierungen über ein Jahrzehnt auf den „günstigsten Augenblick“ für eine solche Erklärung gewartet und damit alle bereits vergangenen Sternstunden verpasst, so daß eben nicht länger gewartet werden kann.

Schon vor Monaten sprach Mussolini, und dies Wort soll ihm nicht vergessen werden: „So ist Zeit, die tragische Rechnung des Krieges zu schließen“. Gerade jetzt erscheint im „Popolo d'Italia“ ein offensichtlich aus der Feder Mussolinis stammender Artikel, in dem dieselbe Ansicht mit derselben Schärfe ausgesprochen wird: „Es ist absolut notwendig, daß die wirtschaftliche Lage noch innerhalb 1932 sich bessert, denn es erscheint ausgeschlossen, daß die Menschheit einen Winter 1932/33, der noch schwerer sein würde als der jetzige, ertragen könnte, ohne daß es zu Ordnungsförderungen von unvorhergesehener Tragweite käme.“ Auch Mussolini sagt: „die Zeiten sind reif“. Wenn

Die ungeheure Not des Bauernstandes.

Ein neuer Aufruf der Grünen Front.

Berlin, 12. Januar. (Eigene Meldung.) Die Grüne Front veröffentlicht einen mit den Unterschriften Brandes, Graf Ralau, Hermes, Fehr versehenen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Die ungeheure Not des Bauernstandes ist zu einer ersten Gefahr für unser Land geworden. Ohne Unterbrechung geht der Preissturz für Vieh, Molkeerzeugnisse und die anderen Erzeugnisse des Bauern weiter. Nach den neuesten Feststellungen des Institutes für Konjunkturforschung betragen die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft aus Getreide, Kartoffeln, Vieh, Molkeerzeugnissen, Eiern, Zucker, Weinstock und Tabak im Jahre 1930/31 acht Milliarden RM. gegen neun Milliarden RM. im Jahre 1929/30 und werden nach dem gegenwärtigen Stande der Produktionsbedingungen und der Preise für 1931/32 kaum mit mehr als 6,8 Milliarden RM. zu veranschlagen sein.

Das bedeutet in den letzten beiden Jahren einen Rückgang um 20%.

Jede Maßnahme, die, wie der Vollstreckungsschutz, eine Atempause für die Landwirtschaft darstellen soll, verliert ihren Sinn und Zweck, wenn nicht gleichzeitig entschlossen die Grundlagen für die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft wieder hergestellt werden. Hieran aber fehlt es. Die Rentabilität der Landwirtschaft kann unter den gegenwärtigen Umständen keineswegs allein durch Produktionskostensenkung erreicht werden, sondern bedarf vor allem auch einer nachdrücklichen Stützung von der Preisseite her. Von der Reichsregierung muß gefordert werden, daß sie endlich dem deutschen Bauern sein Recht zuteil werden läßt, indem sie ihn mit allen anwendbaren Mitteln

vor der vernichtenden Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Erzeugnissen schützt, wie das die Regierungen anderer Länder als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen.

dies der Fall ist, dann hat es keinen Sinn, über „psychologische Momente“ zu streiten. Für den, der seinem Volk 15 Jahre lang vorgelegen hat, der Deutsche werde alles bezahlen, kommt der „psychologische Moment“, eben diesem Volke zu sagen, der Boche könne eben doch nicht alles zahlen, niemals. Wenn jetzt das Kabinett Davaal in seiner Gesamtheit zurückgetreten ist, und wenn der Versuch gemacht werden soll, alle regierungsfähigen französischen Parteien in die Regierung hineinzunehmen, die vor die wichtigsten Fragen der Bauern Tributkonferenz treten soll, dann wird damit einerseits ein Beispiel gegeben, das andere Regierungen bei ihrer Suche nach einer möglichst schlagkräftigen Regierung beherzigen sollten. Andererseits aber scheint sich mit dieser Regierungsumbildung in Paris eine Front zu sammeln, die alles an Starrsinn und wirtschaftlicher Unvernunft in sich vereint, was französische Zeitungen verschiedenster Parteilichungen an derartigen Eigenschaften schon zu erkennen gegeben haben. Vor wenigen Wochen noch erklärten die damals sehr zahlreichen politischen Beobachter Frankreichs in Deutschland, keine französische Regierung könne, auch wenn sie wolle, eine glatte deutsche Zahlungsverweigerung hinnehmen. Auf einen solchen Schritt Deutschlands müßte die französische Öffentlichkeit vorbereitet werden. Bis jetzt ist auch nicht der leiseste Anflug einer solchen Vorbereitung der französischen Öffentlichkeit auf den unvermeidlich kommenden Zusammenbruch des Tributsystems zu spüren gewesen. Darum kann die Hereinnahme weiterer großer Parteien in die französische Regierung auch nicht den Sinn haben, von dieser breiten Regierungsbasis aus das französische Volk von der Un Sinnigkeit seiner Hoffnung auf Milliardentribute zu überzeugen. Es ist eine Kampffront, die Davaal da neu organisiert, und man wird in Deutschland gut daran tun, sich auf schwerste Kämpfe in Laufanne vorzubereiten. Auf Kämpfe, bei denen es kein Ausweichen gibt und bei denen der etwa Erlahmende rechtzeitig Platz machen muß für frische Kräfte, die die Revolvereife nicht fürchten.

Paris, 12. Januar. Der Präsident der Republik, Doumer, hat heute abend um 10 Uhr Franz. J. Müllerpräsident Davaal und sämtliche Mitglieder des Kabinetts empfangen, die ihm ihre Demission überreichten. Der Präsident der Republik, Doumer, hat diese Demission angenommen, den Mitgliedern des Kabinetts für ihre bisherige Tätigkeit gedankt und sie gebeten, die Erledigung der laufenden Angelegenheiten zu übernehmen. Der Präsident der Republik wird morgen vormittag um 9,30 Uhr seine Besprechungen zur Behebung der Ministerkrisis beginnen.

Die Pariser Presse zum Rücktritt des Kabinetts.

Paris, 13. Januar. (Draht.) Aus der Morgenpresse geht nicht klar hervor, warum das Kabinett Davaal zurückgetreten ist. Die Frage, ob unter allen Umständen eine Konzentration mit Einschluß der Radikalen gebildet werden soll, findet keine klare Antwort.

Matin erklärt, gewisse radikale Führer hätten zum Ausdruck gebracht, daß sie in eine Konzentrationsregierung nur eintreten könnten, wenn diese nicht als eine reine Fortsetzung der gegenwärtigen Regierung erscheine, sondern wenn sie ihren Ausdruck in der Bildung einer neuen Regierung finden würde, an deren Spitze eine neue Persönlichkeit stehe. Angesichts der Ablehnung der Radikalen glaubt der Matin, daß das neue Ministerium das gleiche sein wird wie das zurückgetretene, lediglich mit Neubefugung der bisher von Briand und Maginot eingenommenen Posten.

Die Herriot nahestehende Ere Nouvelle betont, daß die Radikalen sich nicht an einer Mehrheit beteiligten, die fast ständig durch die Rechte beherrscht worden sei.

La République vertritt wie Ere Nouvelle die Ansicht, daß der Rücktritt des Kabinetts erfolgt sei, um Briand von seinem Posten zu entfernen.

Einige Blätter, wie der sozialistische Populaire und das radikale Ouvre lassen durchblicken, daß der Präsident der Republik an der Bildung einer auf breiter Grundlage geschaffenen Konzentrationsregierung festhalten könnte, allerdings unter anderer Führung. Ouvre nennt in diesem Zusammenhang Paul Boncour.

Kommunistische Demonstrationen in Paris.

Paris, 12. Januar. Die von der kommunistischen Parteilitung organisierte Arbeitslosenabende (Arbeit) scheint größere Dimensionen angenommen zu haben, als man allgemein erwartet hatte. Einer ziemlich großen Menge von Demonstranten war es nach und nach gelungen, bis in die Nähe des Kammergebäudes zu gelangen. (Havas spricht von 2000 Personen); jedoch war es den Demonstranten nicht möglich, den polizeilichen Absperrungsgürtel zu durchbrechen. Zu einer einheitlichen großen Demonstration scheint es indes nicht gekommen zu sein. Ernste Zwischenfälle werden nicht gemeldet.